

## Totgesagte leben länger

### Warum Jugendverbände auch heute noch aktuell sind

Zum Zustand der Demokratie und zu ihrem (vermeintlichen) Niedergang ist schon viel gesagt worden. Die Demokratie ist in diesem Schicksal in guter Gesellschaft. Denn auch den Jugendverbänden wird seit langer Zeit ihr mindestens nahes Ende prophezeit. Dass sie ein Auslaufmodell sein sollen, ist keine Neuigkeit. Ihr Funktionsprinzip sei veraltet, sie müssten sich an die gesellschaftlichen Veränderungen anpassen. Tatsächlich sind Jugendverbände einzigartige Orte der politischen Bildung und des Demokratielerrens. Sie ermöglichen die Erfahrung, dass Gesellschaft gemeinsam gestaltbar ist.

#### **Nicht nützlich, sondern störrisch**

Mitte der neunziger Jahre empfahlen Rauschenbach, Olk und Sachse den Jugendverbänden zu ihrer Existenzrettung eine Umorientierung von ihrem auf Ehrenamtlichkeit und Freiwilligkeit basierenden Prinzip hin zu einer stärkeren Professionalisierung. Der Titel der Publikation „Von der Wertgemeinschaft zum Dienstleistungsunternehmen“ (1995) spricht allein schon Bände. In der jüngsten Debatte um das Verhältnis von Ganztagschule und außerschulischen Bildungs- und Lebensorten wird in dieselbe Kerbe geschlagen: Um überleben zu können, müssten sich Jugendverbände anpassen und ändern. Sie müssten den Siegeszug der Ganztagschule zur Kenntnis nehmen und gar als Chance begreifen, denn endlich seien alle Mitglieder ihrer Zielgruppe an einem Ort versammelt. Jugendverbände könnten nun mit ihren Angeboten auf Augenhöhe konkurrieren und ihre (unterstellten) Nachwuchssorgen bekämpfen.

Zumal sie aufgrund ihrer Werte- und Milieuorientierung und der daraus postuliert folgenden Ausgrenzung benachteiligter Jugendlicher

gegenüber dem vermeintlich „alle“ Jugendlichen erreichenden Schulsystem an Legitimation verloren hätten. Insgesamt, so die Analyse (und der Vorwurf), seien Jugendverbände nicht mehr zeitgemäß. Zu träge, zu wertgebunden, zu exklusiv. Funktionaler, zum Beispiel im Kontext der vom 14. Kinder- und Jugendbericht (BMFSFJ 2013) postulierten „öffentlichen Verantwortung“ für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen (wobei „Aufwachsen“ bei genauerer Analyse interessanterweise vom transitiven Verb abgeleitet zu sein scheint, es also nicht darum geht, dass Jugendliche aufwachsen, sondern dass sie aufgewachsen werden), sei die Ausrichtung ihrer Angebote an Jugendliche als Kunden. Dadurch könnten passgenaue Angebote erstellt werden, die Jugendlichen optimale Erlebnisse und Bildungs- und Lernerfolge sichern. Dass Jugendverbände sich auf diese von Verzweckung durchtränkte Argumentation insbesondere unter dem Vorzeichen von Bildung vor Jahren bereits einmal einließen, mag zu der Zeit notwendig oder auch opportun gewesen sein, hat aber niemandem wirklich genützt. Im Gegenteil, es hat für eine Weile den Unterschied zwischen Sinn und Zweck von Jugendverbandsarbeit verschleiert.



Denn tatsächlich stimmt vieles an der Kritik an Jugendverbänden. Sie sind nicht „zeitgemäß“. Sie sind träge. Sie sind wie Fremdkörper im System, störrisch und oft unkooperativ (und benehmen sich für manch externen Jugendverbandsverbesserer irritierenderweise im politischen Aushandlungsprozess auch so). Obwohl ihnen mit der Ganztagschule die potentiellen Kunden ihrer Dienstleistungen nicht einmal mehr weglaufen können, rümpfen die Jugendverbände über diese „Chance“ weitgehend nur die Nase. Und sie halten fest an langwierigen, ineffizienten Entscheidungsprozessen. An Gremienarbeit, die aufwendige Qualifizierung und Unterstützung junger Ehrenamtlicher benötigt. An Strukturen, die für Außenstehende offensichtlich ineffiziente und manchmal falsche Entscheidungen treffen. An einem Zusammenspiel von Haupt- und Ehrenamtlichkeit, in dem Konflikt und Auseinandersetzung vorprogrammiert sind. Das alles stimmt. Das alles macht Jugendverbände tatsächlich nicht zeitgemäß. Aber es macht sie im Grunde und mit ein wenig (berechtigtem!) Pathos: zeitlos.

Ganz so wie die Demokratie und die dafür notwendigen deliberativen, konfliktiven oder gar simulativen Prozesse und Rituale eigentlich auch nur, oder besser vor allem, notwendiger Sand im Getriebe eines sich in all seiner Effizienz sonst verselbständigenden, vom Willen und der Kontrolle des Einzelnen in der Gemeinschaft entkoppelten Systems sind, so ist der Sinn der Jugendverbände, gerade nicht nützlich oder zweckhaft für die *Gesellschaft*, sondern für ihre Mitglieder zu sein. Und dieser Nutzen der Jugendverbände für ihre Mitglieder ist aus gesellschaftlicher Perspektive auch weitgehend zwecklos.

Auch wenn immer wieder argumentiert wird, wie nützlich Jugendverbände und die in ihnen gemachten Erfahrungen für die Gesellschaft sind: Bei ehrlicher Betrachtung sind dies Sekundärnutzen, die sich nur dann einstellen, wenn man implizit oder normativ annimmt, das System bräuchte eigentlich systemfremde Korrektive. In anderen Worten: Jugendverbände sind deshalb nützlich für das Gesamtsystem, weil sie eigentlich gerade nicht nach seinen Effizienzkriterien funktionieren.

### Orte der politischen Bildung und des Demokratielernens

So sind Jugendverbände natürlich auch heute noch Werkstätten der Demokratie. Eigentlich ist es egal, für welches Modell oder welche Zustandsbeschreibung der Demokratie man sich entscheidet. In Jugendverbänden, in ihrer Vielfalt werden sich Beispiele finden, wie in ihnen Jugendliche für genau diese Form der Demokratie durch impli-

zite oder explizite Erfahrungen und Programme fit gemacht werden. Eine Fleißarbeit, die zwar die Vielfalt der Jugendverbandslandschaft in Deutschland dokumentieren würde, aber an der eigentlichen Bedeutung von Jugendverbänden als „Werkstätten der Demokratie“ vorbeigehen würde.

Jugendverbände als Orte politischer Bildung bieten, grob gesprochen, drei Lernfelder. Da eigentlich offensichtlich, sei hier zuerst die explizite politische Bildung benannt. Ob nun in Bezug auf Wahlen, wie mit dem Projekt „U18 – Die Wahl für Kinder und Jugendliche“<sup>1</sup>, oder in der Auseinandersetzung mit Themen wie Nachhaltigkeit, Klimawandel, Flüchtlingen, Armut, Netzpolitik, Geschlechtergerechtigkeit, Gesundheit, internationaler Solidarität – alles Themen, die auf der vergangenen Vollversammlung des Deutschen Bundesjugendringes diskutiert wurden –, Jugendverbände machen klassische politische Bildung in einer Vielzahl von Formaten. Darüber hinaus setzen sie Standards in der Beteiligung junger Menschen an politischen Debatten. Jenseits der fast inflationären Verbreitung von hausgemachten (am liebsten internetbasierten) Beteiligungsprojekten setzen sich Jugendverbände für Beteiligung mit Wirkung und Beteiligung mit deliberativem Charakter statt schlecht gemachter qualitativer oder quantitativer Meinungsforschung unter dem Mantel der Beteiligung ein. So wird selbst die Beteiligung an den Themen des Prozesses zur Schaffung einer Eigenständigen Jugendpolitik<sup>2</sup> zu politischer Bildung, weil Jugendliche nicht nur ihre Meinung zu politischen Themen und ihren eigenen Interessen daran äußern, sondern sie sich gemeinsam und in Auseinandersetzung miteinander weiterbilden. So weit, so gut und notwendig.

Das zweite Lernfeld ist etwas umstrittener. Es bezieht sich auf das praktische Erlernen des Handwerks, das man in Politik und Organisationen braucht. In den Selbstvertretungsstrukturen der Jugendverbände lernen Jugendliche, miteinander zu streiten, zu entscheiden, mit Entscheidungen zu leben, um sie zu ringen. Auch den Blick ins Gesetz zur Rechtsfindung und den Blick in die Geschäftsordnung zur Identifizierung strategischer und taktischer Züge lernen sie. Das mag in mancherlei Konzept von Demokratie unzeitgemäß erscheinen. Wer glaubt, Politik bewege sich (zum Glück!) weg von langen Satzungsdebatten und werde aus den Hinterzimmern in die Transparenz der multimedialen Öffentlichkeit gezerrt, der mag diese Form politischer Bildung für überholt halten. Wer selbst noch Politik betreibt, weiß aber, dass sich zwar viel geändert hat – aber die Grundprinzipien des Handwerks bleiben. Als unfreiwilliges Kompliment an die Effektivität

dieser Form der praktischen politischen Bildung mag dabei weiterhin der Vorwurf gelten, jugendliche Verantwortungsträger/-innen in Verbänden seien keine „normalen“ Jugendlichen mehr, sondern „Funktionäre“. Wenn Jugendliche professionell und nachdrücklich die Positionen derer, die sie mandatieren, vertreten, scheint dieses Lernfeld also tatsächlich zu funktionieren.

### Zusammenleben ist gestaltbar

Das wichtigste Lernfeld jedoch ist eigentlich auch das unspektakulärste und am wenigsten offensichtlich *politische*. In diesem Lernfeld wird Demokratie im Kern *gemacht*, ganz so, wie man es in einer Werkstatt erwarten würde. Es geht um das Erlebnis von möglichst selbstbestimmten Räumen und Zeiten. Aus den Materialien Raum, Zeit und Gemeinschaft wird Demokratie gebastelt. Politisch, ja urpolitisch, ist das in zweierlei Hinsicht. Zum einen, weil (mehr oder weniger) frei gewählte und (mehr oder weniger) frei gestaltete Zeiten und Räume praktisch anschaulich und erfahrbar machen, dass die Bedingungen, unter denen man zusammenlebt, und die Optionen, unter denen man wählen soll und kann, *nicht* einfach vorgegeben, sondern tatsächlich veränderbar sind. Es ist die Erfahrung von Gemeinschaft (Fauser, Fischer, Münchmeier 2008), der elementar eigen ist, dass die soziale Realität im Zusammenspiel (nicht einmal immer harmonisch) mit anderen gestaltbar ist. In der Abgrenzung zu einer Gesellschaft, in der Einpassung und vielleicht Manipulation der bestehenden Strukturen die wahrscheinlich einzige Gestaltungsform ist, bieten diese lebensweltlichen Freiräume in Jugendverbänden fast gegenweltliche Lernchancen.

Gemeinschaft unter Jugendlichen lehrt, dass es nicht einmal nur darum geht, sich gegen die entpolitisierte Bevormundung zu wehren, bestimmte Dinge seien einfach „alternativlos“ und hinzunehmen, sondern dass es auch möglich und gar wünschenswert ist, Alternativen selbst zu kreieren. Und ja, auch das kann man auch heute noch in Jugendverbänden erleben. Sicher nicht nur da und sicher nicht überall da – aber Jugendverbände können gar nicht anders, als das Potenzial für dieses Erleben zur ständigen (Wieder-)Entdeckung immer in sich zu tragen.

Jugendverbände sind oft weit davon entfernt, idealtypische Verkörperungen selbstorganisierter Strukturen mit der perfekten Mischung aus direkten, partizipativen und repräsentativen Elementen zu sein. An vielen Stellen haben sie dem gesellschaftlichen Druck nachgege-



ben. Sie machen Angebote und Projekte und versuchen, sich über ihren Beitrag zum „gelingenden Aufwachsen“ und der Bildung und Erziehung der jungen Generation in Anbetracht der Bedürfnisse der Gesellschaft zu legitimieren und zu finanzieren. Solange Organisationen sich aber noch nicht zum Dienstleistungsunternehmen gewandelt haben und die Selbstorganisation junger Menschen zulassen, können sie immer wieder auch ihren Sinn als Jugendverbände wiederentdecken: nämlich der jungen Generation durch die Bereitstellung von Freiräumen nicht nur das Funktionieren in *dieser* Gesellschaft beizubringen, sondern ihr vor allem praktisch erlebbar zu verdeutlichen, dass auch eine *andere* möglich ist. Das liegt schlicht und einfach daran, dass es wohl kaum eine Gruppe Menschen gibt, die stärker nach (selbstgewählter) Gemeinschaft sucht und sie zu leben bereit ist, als junge Menschen. Lässt man ihnen die Gelegenheit dazu, schließen sie sich zusammen, organisieren sich und entscheiden selbst, wie sie das tun wollen.

### Politik in die Pflicht nehmen

Gerade auch die Interessenvertretung junger Menschen durch Jugendverbände wird regelmäßig infrage gestellt. Zum einen wird moniert, dass Jugendverbände in Wirklichkeit ja nur die Interessen eines kleinen Teils der jugendlichen Bevölkerung vertreten. Diese organisierten Jugendlichen seien außerdem privilegiert und „untypisch“. Dass sich in Jugendverbänden tendenziell eher weniger Menschen aus benachteiligten Milieus finden, wird implizit den Jugendverbänden zur Last gelegt. Dass benachteiligte Jugendliche jedoch mit anderen Problemen in ihrem täglichen Leben zu kämpfen haben und die Anstrengungen der Jugendverbände ebenso wie die der Jugendhilfe insgesamt umfangreich sind, wird schlicht ignoriert. Die Probleme benachteiligter Jugendlicher lassen sich eben nicht durch die Instrumentalisierung von Jugendarbeit und Jugendhilfe lösen. Sie liegen nämlich nicht in den Jugendlichen selbst, sondern in den gesellschaftlichen Strukturen, die sie benachteiligen. Die Vorstellung, dass Jugendverbände und Jugendhilfe die Verteilungsgerechtigkeit in Deutschland, den alltäglichen und institutionellen Rassismus oder die vielfältigen Mechanismen der Ausgrenzung ausgleichen könnten, ist schlechterdings absurd. Wenn sich Jugendverbände jedoch genau zu diesen Themen äußern und im Interesse junger Menschen insgesamt Veränderungen einfordern, wird ihnen gern das Vertretungsmandat abgesprochen.



Die oft gehörte Unterscheidung zwischen organisierten und „echten“ Jugendlichen macht aber deutlich, warum Jugendverbände gerade in der heutigen Gesellschaft das Recht und die Pflicht haben, die Stimme für junge Menschen insgesamt zu erheben: Denn wer soll denn das Recht haben, über die „Echtheit“ von Jugend und ihren Interessen zu entscheiden? Wenn Jugendliche sich organisieren, Themen debattieren, Standpunkte erarbeiten und Repräsentant/-innen bestimmen, die diese Standpunkte vertreten, was sollte daran nicht „echt“ sein? Es sei denn, in der eigenen Vorstellung von Jugend haben informierte, engagierte und politisch unbequeme Jugendliche keinen Platz. Immer wieder organisieren sich vor allem staatliche Akteure ihre eigenen Jugendevents und Jugendgipfel, um „die Jugend“ zu Wort kommen zu lassen. Ohne die guten Intentionen oder auch den Nutzen grundsätzlich infrage zu stellen: Man wundert sich schon über den Mehrwert dieser oft teuren und aufwendigen Veranstaltungen. Die Ergebnisse sind häufig nicht überraschend und decken sich im Grunde mit den Positionen, die Jugendverbände seit Jahren mit Nachdruck vertreten – und zwar, weil ihre Arbeit auf Dauer angelegt ist. Denn die große Schwäche jeder initiativen Jugendbeteiligung ist, dass an ihrem Ende zumeist politische Versprechen stehen. Diese auch einzufordern und ihre Umsetzung zu kontrollieren, können auch in unserer heutigen Demokratie nur dauerhafte Strukturen, dauerhafte Lobbyarbeit und die öffentliche Inverantwortungnahme der Politik. Schon deshalb sind Jugendverbände auch und gerade in der heutigen Demokratie unverzichtbar. Sie sind gegenwärtig der einzige Garant dafür, Politik bezüglich der Interessen Jugendlicher zur Verantwortung zu ziehen.

## Anmerkungen

<sup>1</sup> [www.u18.org](http://www.u18.org)

<sup>2</sup> Vgl. die Website: [ichmache-politik.de](http://ichmache-politik.de)

- > Stephan Groschwitz ist Referent für Kinder- und Jugendpolitik bei der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e.V. (aej) und Vorsitzender des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR).

## Literatur

- > BMFSFJ (Hg.) (2013): 14. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Online verfügbar: [www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/14-Kinder-und-Jugendbericht,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf](http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/14-Kinder-und-Jugendbericht,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf) (Zugriff: 16.9.2014)
- > Fauser, Katrin; Fischer, Arthur; Münchmeier, Richard (2008): *Jugendliche als Akteure im Verband. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung der evangelischen Jugend*. 2., durchges. Aufl. Opladen: Budrich.
- > Rauschenbach, Thomas; Olk, Thomas; Sachße, Christoph (Hg.) (1995): *Von der Wertgemeinschaft zum Dienstleistungsunternehmen: Jugend- und Wohlfahrtsverbände im Umbruch*. Frankfurt: Suhrkamp.